

PRESSEMITTEILUNG

Der Verband Griechischer Gemeinden in Deutschland (OEK) verurteilt die Einstellung des griechischsprachigen Programms der Deutsche Welle scharf

Mit scharfem Protest reagiert der Verband der Griechischen Gemeinden in Deutschland (OEK) auf die Einstellung des griechischsprachigen Programms der Deutsche Welle. In einem offiziellen Schreiben an den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Wolfram Weimer, sowie an weitere zuständige Institutionen bringt die OEK ihre entschiedene, unmissverständliche und nicht verhandelbare Ablehnung dieser Entscheidung zum Ausdruck.

Die OEK betont in ihrem Schreiben:

Mit großer Bestürzung und tiefem Unverständnis nehmen wir die Einstellung des griechischsprachigen Angebots der Deutschen Welle zur Kenntnis. Diese Entscheidung ist nicht nur ein medienpolitischer Fehler, sondern auch ein fatales Signal an Millionen griechischsprachiger Menschen in Europa und darüber hinaus.

Die Einstellung des griechischsprachigen Angebots ist ein Schlag gegen die Meinungsvielfalt, die deutsch-griechischen Beziehungen und die europäische Solidarität.

Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen, wachsender Desinformation durch Fake News und eines erstarkenden Nationalismus, trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für unabhängige, mehrsprachige und glaubwürdige Auslandsberichterstattung. Das griechische Angebot war über viele Jahre hinweg eine hoch geschätzte wie unverzichtbare Stimme für demokratische Werte, Pressefreiheit, europäische Verständigung und kritischen Journalismus – insbesondere für Menschen, die keinen uneingeschränkten Zugang zu freien Medien haben.

Die Einstellung dieses Angebots ist ein Rückschritt. Sie ist nicht bloß eine bedauerliche Sparmaßnahme, sondern ein aktiver Rückzug aus demokratischer Verantwortung. Sie schwächt nicht nur die kulturelle und politische Brücke zwischen Deutschland und Griechenland, sondern untergräbt auch den Anspruch Deutschlands, ein verlässlicher Akteur für Meinungsvielfalt, Dialog und europäische Solidarität zu sein. Dass ausgerechnet eine Sprache mit so großer historischer, kultureller und europäischer Bedeutung gestrichen wird, für die sogar die UNESCO einen internationalen Tag zu ihrer Ehrung ausgerufen hat, ist politisch kurzsichtig und moralisch schwer nachvollziehbar.

Das griechischsprachige Angebot war für viele Menschen keine Nebensache, sondern eine der wenigen verlässlichen Informationsquellen jenseits nationaler Machtinteressen. Wer dieses Angebot streicht, nimmt bewusst in Kauf, dass ganze Sprachgemeinschaften von

unabhängiger Berichterstattung teils ausgeschlossen werden. Das ist kein technischer Vorgang, das ist eine politische Entscheidung – mit politischen Folgen.

Besonders zynisch wirkt diese Streichung vor dem Hintergrund ständiger Bekenntnisse zu Europa, zu Demokratie und zu gemeinsamer Verantwortung. Worte über europäische Werte sollten auch praktisch gelebt werden. Europa darf nicht dort enden, wo es unbequem oder finanziell „nicht mehr rentabel“ erscheint. Gerade Deutschland, das diese unglaublich hohe Verantwortung für noch unentschädigte grauenvolle Taten in Griechenland während des zweiten Weltkriegs trägt, ist verpflichtet, deutlich mehr zu leisten als ein paar Wohltaten über das Deutsch-Griechische Jugendwerk.

Darüber hinaus wurden die Empfänger des Schreibens eindringlich gefragt:

- Wie soll europäische Öffentlichkeit funktionieren, wenn genau jene Stimmen zum Schweigen gebracht werden, die Verständigung ermöglichen?
- Wie ernst wird es mit Pressefreiheit gemeint, wenn diese für bestimmte Sprachen und Regionen offenbar verhandelbar ist?
- Wie glaubwürdig ist das Bekenntnis zu Europa, wenn Informationsangebote für ganze Sprachgemeinschaften geopfert werden?
- Welches Signal sendet diese Entscheidung an Minderheiten, an den europäischen Süden und an all jene, die auf unabhängige Informationen angewiesen sind?
- Und wie wird diese Entscheidung all jenen erklärt, die Deutschland bisher als verlässliche Stimme für unabhängigen Journalismus wahrgenommen haben?

Die OEK hat in dem Schreiben nachdrücklich aufgefordert, diese Entscheidung zu überdenken und das griechischsprachige Angebot wieder aufzunehmen bzw. dauerhaft zu sichern.

Alles andere wäre ein weiteres Signal politischer Gleichgültigkeit gegenüber Meinungsvielfalt, kultureller Verantwortung und europäischem Zusammenhalt.

Medienpolitik ist Demokratiepoltik und an der Demokratie sollte nicht gespart werden.

Wer hier spart, spart am falschen Ende, an Vertrauen, an Zusammenhalt und an Europas gemeinsamer Zukunft.

Köln, 20. Februar 2026